

Samstagsinterview

Der Hippie der SVP und die SP-Frau mit zögerlichem Nein

Nationale Abstimmungen Fünf Vorlagen stehen am 27. September auf nationaler Ebene zur Abstimmung. Die Seeländer Grossräte Andrea Zryd (SP) und Mathias Müller (SVP) verraten ihre meist unterschiedlichen Positionen. Es gibt aber eine überraschende Übereinstimmung. Und dass die SP-Frau die Kampfjets nur zögerlich ablehnt, war auch nicht zu erwarten.

Interview: Bernhard Rentsch

Andrea Zryd und Mathias Müller, Sie beide legen mit Blick auf die nationalen Abstimmungen vom nächsten Sonntag die Karten auf den Tisch und geben den Blick auf Ihren Stimmzettel frei (vgl. unten links). Grundsätzlich folgen Sie den Parteimeinungen – ausser beim Jagdgesetz. Da weicht Mathias Müller mit seinem Nein von der SVP-Linie ab. Weshalb?

Mathias Müller: Der Blick zurück zeigt, dass das heutige Jagdgesetz aus dem Jahr 1986 eine Erfolgsgeschichte war. Alle Betroffenen haben zusammen gearbeitet und schliesslich im Nationalrat ein einstimmiges Ja erwirkt. Mit der aufkommenden Wolf-Diskussion wurden ab 2014 Anpassungen diskutiert, und der Bundesrat hat über 20 Anpassungen vorgenommen. Dies meiner Meinung nach völlig ohne Notwendigkeit. Die heutige Version ist vage und kompliziert. Einzelne Tierarten, die in der Tat schützenswert sind, fehlen gänzlich. Komplette störend ist die Formulierung, dass Wölfe «auf Vorrat» abgeschossen werden sollen. Das Kriterium ist, wenn ein Tier «verhaltensauffällig» ist. Es soll mir mal jemand definieren, was das ist?

Das könnten Ihnen wohl die Schafbesitzer, die jährlich viele Tiere auf den Alpweiden nach Wolfangriffen verlieren, klar sagen.

Müller: Ich bin mir bewusst, mir damit keine Freunde zu machen: Aber von 250 000 Schafen, die in der Höhe gesömmert werden, sterben jährlich rund 5000 – «nur» 400 davon werden Opfer der Wölfe. Die Massnahmen sind unverhältnismässig. Und genau in diesen Fällen würden gemäss neuem Gesetz sowieso keine Entschädigungen mehr ausbezahlt. Haben dies wohl die betroffenen Landwirte schon realisiert?

Ecken Sie mit Ihrer Haltung, die der SVP-Linie widerspricht, innerhalb der Partei an?

Müller: Natürlich werde ich darauf angesprochen, aber von Anecken ist keine Spur. Es ist auch kein Kernthema der SVP. Zum Beispiel bei der Begrenzungsinitiative wäre dies anders. Das Abweichen in der Frage des Jagdgesetzes ist auch in andern Parteien zu beobachten. Aus meiner Sicht ist dies sogar eine Bereicherung für die politische Landschaft.

Sind Sie, Andrea Zryd, vom Abweichen von Mathias Müller von der SVP-Linie überrascht?
Andrea Zryd: Mathias Müller hat innerhalb seiner Partei schon hier und da andere Positionen eingenommen. Für mich ist es so etwas wie der «Hippie der SVP». Insofern bin ich nicht überrascht.

Sie sind ebenfalls gegen das neue Jagdgesetz. Haben Sie denn kein Verständnis für Menschen, die sich vor dem Wolf fürchten?

Zryd: Rotkäppchen hat auch Angst vor dem Wolf... Im Ernst: Die Bedenken der Bergbauern verstehe ich. Das Problem auf den Alpen kann und muss mit dem Einsatz von Herdenschutzhunden oder Zäunen gelöst werden. Der Mensch muss sich aber nicht grundsätzlich vor dem Wolf fürchten. Das Zusammenleben hat während Zehntausenden von Jahren funktioniert. Für ein Nein spricht auch die politische Diskussion, dass neu alles auf kantonaler Ebene geregelt werden soll. Bei uns im Kanton Bern wird dies kein Problem sein. Aber stellen wir uns vor, wie die Frage betreffend Abschüssen im antiwolf-aufgeladenen Klima im Wallis beantwortet wird. Das neue Gesetz sorgt für Unsicherheiten.

Bin ich ein besserer Vater, wenn ich auf Kosten der Allgemeinheit einen Urlaub beziehen kann?

Mathias Müller

Bei allen andern Vorlagen haben Sie komplett unterschiedliche Meinungen. Wo haben Sie die grösste Differenz?

Zryd: Eindeutig bei der Begrenzungsinitiative.

Warum?

Zryd: Es ist seit Jahren ein Kernthema der SVP und bestätigt deren Ausländerfeindlichkeit.

Müller: Halt, halt. Die SVP war und ist nicht ausländerfeindlich. Uns geht es darum, dass wir selber bestimmen können. Momentan ist die Schweiz offen für 450 Millionen Europäerinnen und Europäer. Die können kommen, wann sie wollen. Jedes Jahr wächst unsere Bevölkerung um mindestens die Einwohnerzahl der Stadt Biel. Ich bestimme auch selber, wen ich in mein Haus hineinlasse. Das Resultat unserer offenen Grenzen kennen wir: Sechs von zehn Sozialhilfebezüglerinnen oder Sozialhilfebezügler sind Ausländer. Ich bin nicht gegen Zuwanderung, die uns etwas bringt. Aber wir müssen das im Griff haben. Der Markt wird regulieren, wer wann wo benötigt wird.

Dass damit das Verhältnis zur EU nachhaltig geschädigt wird und die bilateralen Verträge gekündigt werden müssen, nehmen Sie in Kauf?

Müller: Die EU tut nichts anderes, als sich selber zu schützen. Den Zwang, Europäerinnen und Europäern auf dem Arbeitsmarkt den Vorzug gegenüber Amerikanern, Kanadiern oder Asiaten zu geben, lehne ich ab. Wir sind gegenüber der EU nicht Bittsteller. Eine Partnerschaft besteht aus Geben und Nehmen. Das ist heute nicht der Fall.

Zryd: Gerade mit Blick auf den Arbeitsmarkt ist diese Abschottung verheerend. Selber erlebt habe ich die Schwierigkeiten, in einem Erasmus-Programm an einer europäischen Hochschule mitzuwirken. Als Schweizerin oder als Schweizer werden wir in Europa abgeschottet. Das können wir uns nicht leisten. Die generelle Öffnung gegenüber allen ist für mich kein Problem. Da gehen wir von einem unterschiedlichen Menschenbild aus. Wir sind ein reiches Land und können dies tragen. Wohlverstanden: Kriminelle haben bei uns nichts zu suchen.

Müller: Das Erasmus-Beispiel beweist doch, wie korrupt das Ganze ist. Wenn uns andere Länder das Messer an den Hals halten, sind diese keine Partner für eine Zusammenarbeit.

Gemäss den aktuellen Umfragen wird die SVP mit der Begrenzungsinitiative eine Niederlage einstecken müssen. Warum fehlt der Schwung der Mobilisation, wie man ihn in den letzten Jahren gekannt hat?

Müller: Ich bin nicht überzeugt, ob nicht erneut eine Überraschung möglich ist. Ich vernehme in meinem Umfeld – und das sind nicht nur SVP-Anhänger – durchwegs ein Ja. Offenbar getrauen sich bei Umfragen aber nicht alle zur Wahrheit. Der Stempel der Fremdenfeindlichkeit will niemand. An der Urne verhält man sich dann anders.
Zryd: Das glaube ich nicht. Ich höre nur das Gegenteil.

Haben Sie trotzdem Respekt, dass das Resultat kippen könnte?

Zryd: Nein, gar nicht. Für mich ist das Nein eine klare Sache.

Beim Thema Vaterschaftsurlaub haben Sie, Andrea Zryd, zu Beginn des Gesprächs bemerkt, dass Sie sich auch da von Mathias Müller ein SVP-abweichendes Ja hätten vorstellen können. Warum?

Zryd: Ich hätte von ihm hier eine liberalere Haltung erwartet, sind es doch häufig auch diese eher sozialeren Themen, die ihn ausschwenken lassen. Er ist selber noch nahe dran an der Papizeit und erinnert sich bestimmt an die ersten Wochen und Monate, in denen ein Vater ebenfalls zum Baby gehört.

Mathias Müller?

Müller: Ich bin eben ein echter Liberaler und damit gegen zu viele Eingriffe durch den Staat. Dieses Gesetz ist nicht liberal, sondern es ist der Staat, der sagt, wie es laufen muss. Es gibt bereits heute Unternehmungen, die aus freien Stücken mehr als zwei Wochen Vaterschaftsurlaub geben. Niemand zwingt einen, Kinder zu haben. Ich kann ja zum Beispiel als Vater auch meine Ferien für das Zusammensein mit dem Kind einsetzen. Bin ich ein besserer Vater, wenn ich auf Kosten der Allgemeinheit einen Urlaub beziehen kann? Meine Meinung ist auch geprägt durch eigene Erfahrungen: Meine Frau profitierte bei der Geburt des ersten Kindes, als der Mutterschaftsurlaub noch nicht gesetzlich geregelt war, von einem 18-wöchigen Urlaub, den ihr der Arbeitgeber zustand. Beim zweiten Kind, nach dem staatlichen Eingriff, waren es dann nur noch 14 Wochen. Jeder Arbeitgeber, der attraktiv sein will, führt einen Vaterschaftsurlaub ein.

Viele KMU-Inhaber betonen allerdings, dass sie sich die neuen gesetzlichen Vorgaben nicht leisten können. Folglich werden sie wohl kaum freiwillig einen Urlaub einführen.

Zryd: Genau. Viele KMU können sich dies nicht leisten und machen es dann einfach nicht. Die Kosten betragen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer ungefähr eine halbe Tasse Kaffee pro Tag. Das müssen wir investieren. Das muss jetzt einfach passieren. Die Schweiz hinkt da peinlich hintennach.
Müller: Es ist nicht nur eine Frage des Geldes. Beim kleinen KMU ist jedes Fehlen eines Mitarbeiters entscheidend für die Produktivität des Unternehmens. Wenn die Arbeitskraft fehlt, steht vieles still. Auch hier: Lassen wir den Markt spielen. Die grosszügigsten Arbeitgeber werden die besten Mitarbeiter rekrutieren. Der Vaterschaftsurlaub ist eine aufgezogene Lifestyle-Sozialversicherungs-Lösung. Noch mehr staatliche Regulierungen führen zu Verschlechterungen.

Samstagsinterview

Als Schweizerin oder Schweizer werden wir in Europa abgeschottet. Das können wir uns nicht leisten.

Andrea Zryd

ten Kampfflugzeug-Abstimmung führte zu sehr viel Verwirrung und letztlich zum Nein. Es ist ein Grundsatzentscheid, ob man eine Luftverteidigung will oder nicht. Den Rest klären die Spezialisten und die Politik.

Andrea Zryd, warum Ihr Nein, das Sie zu Beginn bei der Angabe Ihres Stimmverhaltens als «zögerliches Nein» bezeichnet haben.

Zryd: Selbst als SP-Frau bin ich nicht grundsätzlich gegen die Armee. Und ich kann die Argumente, die für die Neubeschaffung sprechen, auch nachvollziehen. Aber ich glaube, dass wir in diesem Geschäft übertreiben. Der Auftrag der Luftverteidigung muss auch mit einfacheren und günstigeren Modellen möglich sein.

Müller: Eben nicht. Die Flugzeuge sind täglich im Einsatz und die heutigen Modelle sind 2030 definitiv am Ende ihres Lebenszyklus. Wenn wir jetzt Nein sagen, ist die Beschaffung bis 2030 nicht mehr möglich. Es ist ein Irrglauben, dass die neuen Flugzeuge quasi nur eine Kriegesreserve sind und nie im Einsatz stehen. Die Kontrolle des Luftraums durch die Luftpolizei passiert genau mit diesen neuen Jets.

Und letztlich die Frage betreffend Erhöhung der Kinderabzüge bei den Bundessteuern?

Zryd: Ich bin dagegen, weil damit nur sechs Prozent der Bestverdienenden entlastet werden. Das ist nicht sozial. Wir müssen in der Mitte und noch viel mehr unten mehr Geld ausschütten.

Müller: Ich bin grundsätzlich für jeden Steuerabzug und gegen Ungleichbehandlungen. Ob jemand mehr oder weniger Geld hat, soll beim Definieren der Regeln keinen Einfluss haben.

Welchen Einfluss hat Corona auf die Abstimmungen? Immerhin sorgte die Pandemie dafür, dass die geplanten Abstimmungen im Frühjahr verschoben werden mussten und wir in einer Woche über fünf Vorlagen abstimmen müssen.

Zryd: Die Krise hat Einfluss. Allein durch die Tatsache, dass das Kostenbewusstsein anders ist, entscheiden wir unterschiedlich. Was vor der Krise denkbar war, wird jetzt infrage gestellt – und umgekehrt.

Müller: Der Lockdown hat ganz bestimmt Einfluss auf die Begrenzungsinitiative. Bei temporär geschlossenen Grenzen ging auch die Kriminalität zurück, das ist belegt. Und die Armee hat durch ihr Mitwirken während des Lockdown bewiesen, wie notwendig sie ist und wie rasch sie eingesetzt werden kann.

Ist die Fülle der Vorlagen, vielerorts noch in Kombination mit Wahlen, von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zu bewältigen. Mobilisiert das vielleicht gar zusätzlich, oder schreckt es ab?

Müller: Ich glaube, das Interesse an den nationalen Vorlagen ist eher geweckt. Es wird so viel diskutiert, wie schon lange nicht mehr. Das Problem ist, dass jede und jeder an einigen wenigen Themen wirklich interessiert ist und sich vertieft informiert. Bei den andern Vorlagen ist es dann eher eine zufällige Sache.

Die nationalen Vorlagen sind nicht «Ihre» Geschichte als kantonale Politikerin und kantonaler Politiker. Trotzdem ist Ihr Engagement gross und spürbar. Könnten Sie sich nicht zurücklehnen und zuschauen?

Zryd: Nein, es geht uns schon auch etwas an. In vielen Bereichen sind letztlich die Kantone die Ausführgorgane. Mir ist wichtig, mitzubestimmen, was wir dann umsetzen sollen.

Müller: Dazu sind wir auch ein wenig in der Pflicht und man erwartet von uns Meinungen und Argumente. Es wäre komisch, wenn wir uns dazu nicht äussern.



Im Umgang kollegial und respektvoll, in der Sache aber hart und fordernd: Die Seeländer Grossräte Andrea Zryd und Mathias Müller. PETER SAMUEL JAGGI

Zryd: Unser Familienmodell ist aber schwierig, da müssen Sie mir recht geben.
Müller: Da widerspreche ich nicht. Ich bin aber nicht der Meinung, dass dies der Staat verbessern muss.

Nächsten Thema: Kampfflugzeuge. Sind Sie, Mathias Müller, aus Überzeugung dafür oder ist es als Berufsoffizier aus Loyalität gegenüber dem Arbeitgeber?

Müller: Es ist aus persönlicher und militärischer

Überzeugung. Wenn wir keine Flugzeuge mehr besitzen, müssen wir das ganze Modell Armee überarbeiten. Mit der aktuellen Frage entscheiden wir aber nicht über Sein oder Nichtsein der Armee. Einem entsprechenden Volksentscheid würde ich mich demokratisch beugen. Ohne Luftwaffe jedoch kann die heutige Armee ihren verfassungsmässigen Auftrag nicht mehr erfüllen. Zu den Kosten, die häufig als Gegenargument angeführt werden: Die Armee bezahlt diese Anschaffung und den Unterhalt aus dem eigenen Budget. Das Geld fehlt also

andernorts nicht und kann auch nicht anders eingesetzt werden.

Kritisiert wird auch der Blankoscheck, also die Tatsache, dass man ja sagt zu einem Kauf und nicht weiss, was angeschafft wird.

Müller: Bei keiner Neubeschaffung kann das Volk über die Details mitreden. Oder konnten wir schon einmal beim Einkauf von Zügen bei den SBB mitbestimmen oder bei der Anschaffung von Autos der Kantonspolizei? Die Typendiskussion bei der letz-